

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Post
frei ins Haus monatlich 1.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
und die Anzeiger-Vertriebsstellen
an. — Erhältlich werktäglich.
Fernsprech-Anschluss Nr. 53.
Telegraphisches Anzeiger-Gebläse.

Abgabegebiete: Die Anzeiger-Vertriebsstellen
bestehen für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2.00 Mark, umgebende
Anzeiger 2.00 Mark, Kellner-Delle
2.00 Mark, bei größeren Ab
nahmen entsprechende Rabatte.

Einhaltung der amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 62

Dienstag, den 14. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Tempus meldet aus Berlin, daß auch die Zahlung der lebenden deutschen Räte von 31 Millionen Goldmark von der deutschen Regierung zum 17. d. M. bereitgestellt ist.

Der Papiergeldmarkt hat eine weitere Steigerung um 2 Milliarden erfahren.

Den römischen Bestenungen zufolge, ist auf Grund gut stimmender Mitteilungen der beteiligten Mitglieder die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

Der neue Fall Hermes.

Von besonderer Seite in Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Dr. Hermes, der deutsche Republik Finanzminister, hat Weh. Noch ehe seine Ernennung zum Reichsfinanzminister erfolgt war, machten die unabhängigen Sozialdemokraten einen neuen Vorstoß gegen den ihnen mißliebigen Mann und trafen aus den Akten der Vergessenheit einen neuen, recht peinlichen Fall Hermes aus, der nicht nur in Parlamenten, sondern überall in Deutschland großes Aufsehen erregt hat. Um was handelt es sich? Um eine armselige Weinkaufgeschichte, die an sich belanglos wäre, wenn nicht der Käufer dieses billigen Weines gerade der kapitalstärkere Reichsminister Dr. Hermes wäre. Die Unabhängigen behaupten, Dr. Hermes habe sehr guten Wein von einem rheinischen Winzerverband zum ungefähren 15. bis 20. Teil des Handelspreises gekauft und dem Winzerverband als Gegenleistung 4000 Tappenzentner Zucker zukommen lassen. Die Unabhängigen berufen sich auf eine Reihe von Briefen und auf die Protokolle der Zuckervertreter. Dr. Hermes erklärt, daß an der Sache kein wahres Wort sei und hat die Verleumdungsklage eingereicht. Auch in einem Briefwechsel mit dem Reichsaussenminister und in einer amtlichen Presseerklärung wird über die Angelegenheit nichts Wesentliches gesagt. Die Angelegenheit hängt also immerhin in der Schwebe. Trotzdem ist Dr. Hermes in größter Eile zum Reichsfinanzminister ernannt worden — und das ist das Bedenkliche an dieser Beschickung. Denn der Reichsaussenminister hat diese Ernennung vollzogen, weil die Deutsche Volkspartei ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß davon abhängig gemacht hat. Es dürfte im Parlamentarismus ein Novum sein, daß eine außerhalb der Regierungskoalition stehende Partei auf diese Weise der Regierung für genehmigte Männer Vorschlag aufdrängt. In den anderen Parteien des Reichstags, bis tief in die Reihen des Zentrums hinein, ist man deshalb auch recht verstimmt über diese eilige Ernennung. Ein Minister und gar erst ein Minister der Finanzen muß persönlich anantastbar sein, und das läßt sich von Dr. Hermes nicht ohne weiteres sagen. War zu oft ist sein Name in der letzten Zeit mit Dingen zusammen genannt worden, die, mögen sich auch nur zum Teil wahr sein, nicht dazu angetan sind, Dr. Hermes für den geeigneten Mann zu halten.

Die reflexlose Aufklärung dieses neuen Falles Hermes ist daher im allgemeinen Interesse dringend, sehr dringend notwendig. Dem hat sich auch der bald zu einer unabhängigen Einrichtung werdende Untersuchungsausschuß des Reichstags gegen Dr. Hermes nicht verschließen können. Die Berichtüberhandlung wird in dieser Affäre kaum genügend Licht schaffen und deshalb hat der Untersuchungsausschuß beschlossen, seine Nachforschungen auch auf diesen neuen Fall auszuweiten. Der kommunistische Abg. Lebt hat sogar den Antrag gestellt, gesamten Briefwechsel bei dem Winzerverband vollständig anzufordern und hat diesen Antrag nicht zurückgezogen, denn Dr. Hermes kann im Augenblick die gravierenden Briefe nicht finden. Auch die anderen Fälle Hermes sind durchaus noch nicht erledigt, wiewohl der amtliche Ausschussbericht etwas voreilig mitteilt, daß die Untersuchung abgeschlossen sei. Die Linksparteien bestehen darauf, daß noch wichtige Zeugen vernommen werden und dazu wird sich der Ausschuss wohl auch noch bequemen müssen. Steht sich bei all diesen Untersuchungen heraus, daß tatsächlich eine Untertreue des Reichsfinanzministers vorliegt, dann muß Dr. Hermes gehen und einem anderen Platz machen. Diesen Umweg hätte man sich ersparen können, wenn man das Ergebnis der Untersuchungen abgewartet hätte, ehe man Dr. Hermes auf einen Posten berief, für den viele ihn auch aus anderen Gründen nicht besonders geeignet halten.

Gehaltserhöhung der Beamten.

Ab 1. April neue Töne.

In der Nacht zum Sonntag wurden die Verhandlungen in der Reichskanzlei zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft über die Neuregelung der Beamtensoldierung zu Ende geführt. Die Neuregelung tritt am 1. April in Kraft. Die Frage einer Vorschusszahlung soll im Benehmen mit dem 23. Ausschuß des Reichstages sofort geprüft werden. Die getroffene Vereinbarung, die dem Reich, den Ländern und Gemeinden ca. 30 Milliarden Mark auferlegt, hält die Mitte zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem ersten Angebot der Regierung. Am gestrigen Montag wurde in der Reichskanzlei weiter über die Forderungen der Staatsarbeiter verhandelt, die ungefähr zu einem gleichen Ergebnis geführt haben werden. Die festgesetzten Grundgehälter betragen:

- Befoldungsgruppe I: 11 000 bis 16 000 Mark (Mehrbeitrag gegenüber dem bisherigen Gehalt 3750 Mark.)
- Befoldungsgruppe II: 13 500 bis 18 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Befoldungsgruppe III: 15 000 bis 20 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Befoldungsgruppe IV: 16 000 bis 21 500 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Befoldungsgruppe V: 17 000 bis 23 000 (Mehrbeitrag 4750 Mark.)
- Befoldungsgruppe VI: 18 500 bis 25 000 (Mehrbeitrag 4750 Mark.)
- Befoldungsgruppe VII: 20 000 bis 27 000 (Mehrbeitrag 4250 Mark.)
- Befoldungsgruppe VIII: 22 000 bis 31 000 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Befoldungsgruppe IX: 25 000 bis 36 000 (Mehrbeitrag 4500 Mark.)
- Befoldungsgruppe X: 28 000 bis 42 000 (Mehrbeitrag 4000 Mark.)
- Befoldungsgruppe XI: 32 000 bis 48 000 (Mehrbeitrag 3000 Mark.)
- Befoldungsgruppe XII: 40 000 bis 60 000 (Mehrbeitrag 2500 Mark.)
- Befoldungsgruppe XIII: unverändert.

Die Ortszuschläge werden den neuen Grundgehältern angepaßt. Die prozentualen Teuerungszuschläge, die auf die Grundgehälter, Ortszuschläge und Kinderzuschläge gewährt werden, werden von 20 auf 25 Prozent erhöht, der Kopfsatz auf 25 Prozent festgesetzt, dieser also um 500 Mark bei jedem Beamten erhöht. Außerdem wird ein Frauenaufschlag als neuer Gehaltsbestandteil eingeführt, der für die Ehefrau eines Beamten 1000 Mark beträgt. Kinderzuschläge bleiben unverändert. Die gesamten Mehrausgaben werden auf 30 Milliarden geschätzt. Welcher spricht die Finanzverwaltung schon wieder davon, diese Mehrausgaben einseitig durch neue Tarifierhöhungen bei Post und Eisenbahn zu bestreiten. Das ist die berühmte Schraube ohne Ende, und es ist an der Zeit, daß man endlich einmal darüber nachdenkt, wie man unsere Verhältnisse durch kaufmännische Betriebsweise und durch eine organische Reform wirtschaftlich gestalten kann.

Neue Erschwerung des Grenzverkehrs mit Oesterreich.

Reichsminister Dr. Koerber hat kürzlich auf die Interpellation Helle und Genossen wegen Beseitigung der Bagatelien im Verkehr mit Oesterreich geantwortet, die vom Interpellanten und den Vertretern aller Fraktionen erhobenen Forderungen zu veröffentlichen. Wie Abg. Helle im Hauptausschuß am Montag feststellte, sind aber in Wirklichkeit die Schwierigkeiten noch schlimmer geworden. Sogar der kleine Grenzverkehr ist inzwischen verschärft, während Erleichterungen nirgends sichtbar geworden sind. Helle hat den Minister dringend, nunmehr endgültig und schleunigst für Abhilfe zu sorgen. Die Handelspolitik auf diesem Gebiet: könne sonst eine politische Verstimmung von schweren nationalen Folgen nach sich ziehen. Wenn die tschechischen Nachbarn mehr entgegenkommen als das Deutsche Reich leistet, so müsse das auf den Anschließwillen Oesterreichs verhängnisvoll wirken. Reichsminister Dr. Koerber gab darauf erneute Zusagen, von denen man nur hoffen kann, daß sie nicht wieder von nachgeordneten Stellen in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Der Putsch in Südafrika.

Auch wenn die blutigen Arbeiterunruhen in Südafrika bald unterdrückt sein dürften, so ist es doch überaus bemerkenswert, daß der Polizeiwisnik und Obhofsitzler des südafrikanischen Reiches, auch im

Berg des südlichen Afrika hat. Zweifellos kann man auch hier von einer Nachwirkung des Rieases reden. Vorha, der Premierminister von Britisch-Südafrika, konnte es ja seinerzeit garnicht abwarten, den Dank für die deutsche Unterstützung der Wren in der merkwürdigen Gestalt eines Kriegseintritts gegen Deutschland abzustatten. Die Folge davon ist gewesen, daß sich die sozialen Gegensätze auch in Südafrika verschärft haben. Bedingt dem Krieg ist es wohl auch zuzuschreiben, daß sich so viele Waffen in den Händen der streikenden Arbeiter befinden. Früher spielte in den Minengebieten lediglich der Revolver eine Rolle, heute verfügen die roten Revolutionäre von Johannesburg über Handgranaten, Gewehre und sogar Maschinengewehre. Freilich sind ihnen die Regierungstruppen mit ihren Flugzeugen und Panzerautomobilen überlegen. Aber auch wenn der Aufruhr jetzt blutig unterdrückt werden wird, werden sich die weiteren Nachwirkungen noch lange geltend machen. Und zu den vielen überseeischen Sorgen gestellt sich für England jetzt auch noch die Gefahr eines ständigen Konfliktesherdes in den südafrikanischen Berggebieten.

Kleine politische Meldungen.

Bedenken des Reichsrates gegen das Reichsmietengesetz. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, hat der Reichsrat gegen das Reichsmietengesetz, das vor kurzem vom Reichstag angenommen wurde, bis jetzt noch nicht die Genehmigung des Reichsrates gefunden. Es sollen sich in den Kreisen des Reichsrates Bedenken dagegen erheben, das Gesetz in seiner jetzigen Form überhaupt anzunehmen, weil es ein Verfassungswidriges sei und weil es Befehle enthalte, die dem Reichsrat nicht vorgelegt haben, sondern vom Reichstag selbständig hineingearbeitet wurden.

Neue Steuerpläne. In parlamentarischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß die neuen Steuern nicht im entferntesten die notwendigen Einnahmen erbringen, um die Anforderungen des Reiches zu decken. Man rechnet auch in den Mittelparteien damit, daß bis Ende des Jahres sich derartige neue Ausgaben angehäuft haben, daß man an neue Steuerquellen denken muß. Das hat auch den Ausschlag bei der Verhandlung über die Steuern gegeben. Man trägt sich mit der Aussicht, sofort nach der Erledigung der jetzigen Steuerentwürfe wiederum auf die Steuerfrage zu gehen. — Nur zur Wahrung der Steuerzahler so exponiert ist, daß er nicht mehr zahlen kann, bleiben die Steuern auf dem Papier stehen.

Reichswirtschaftsrat und Genua. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gestern mit Punkt 4 der Tagesordnung für Genua: Finanzfragen. Der Ausschuß kam zu dem Schluß, daß es angeht, die ganze Weltlage für Deutschland unumgänglich ist, bestimmte Vorschläge zu machen. Als allgemeine Richtlinie wurde der Entwurf eines Gutachtens des Vorsitzenden Georg Bernhard angenommen, der als besondere Notwendigkeiten die Revision der internationalen Verschuldung und die Beendigung der unproduktiven Goldanhäufung in den übervalutarischen Ländern durch Ueberlassung von Krediten an die goldarmen Länder hervorhebt.

Streikverbot für Beamte. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, die Vorarbeiten für das neue Beamtengesetz seien soweit geblieben, daß demnächst ein Gesetzentwurf dem Reichsrat zugehen werde. In dem Entwurf werde auch das Streikverbot der Beamten hineingearbeitet werden. Streike ein lebenslanglich angestellter Beamter, so solle er die Beamteneigenschaft verlieren. Es stehe ihm binnen vier Wochen das Klagerrecht gegen den Entschluß zu. Endgültig entlassene Beamte können erst nach frühstens fünf Jahren wieder eingestellt werden.

Für die notleidende Wissenschaft. Der Hauptausschuß des Reichstages hat bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern einen von fast allen Parteien unterzeichneten Antrag angenommen, den Förderungsbeitrag für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaften von 20 auf 40 Millionen Mark zu erhöhen.

Eine Vertrauensklärung der Volkspartei. Am Sonntag und Sonntag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stresemann der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei. Dr. Stresemann gab den Bericht über die politische Lage. Die sich daran anschließende Aussprache endete mit der Annahme einer Entschließung, in der der Parteileitung der Reichstagsfraktion und den freisinnigen Ministern das einmütige Vertrauen ausgesprochen wurde.

Die Moratoriumsfrage. Das Echo de Paris meldet zur Moratoriumsfrage: Die Finanzminister haben keine Entscheidung getroffen, sondern lediglich die Vorschläge der Reparationskommission gebilligt, die Deutschland nur für drei Monate eine Zahlungsstundung bewilligen wollen. Die nächste Sitzung der Reparationskommission findet am Sonntag statt. Erst dann wird eine Mitteilung an die deutsche Regierung abgehen können.

Die englischen Vorschläge für die Ortswahlreform. Der diplomatische Berichterstatter des Oberber merket: Die drei Hauptvorschläge, welche Lord Curzon der bevorstehenden Pariser Konferenz über den nahen Osten unterbreiten werde, sind: 1. die Errichtung von Smyrna durch die Griechen, der Schluß der griechischen Kinderheiden in Kleinasien und die Abgabe von Euboea, Thessalien und Thracien.

Sächsische Gemeinde-Konferenz.

Um die Stellung der verschiedenen Gruppen der Gemeinden zur Frage der Kreis- und Bürgermeisterverfassung einwandfrei kennen zu lernen...

I. Eine einheitliche Verfassungsform für alle Gemeinden ist nur möglich, wenn sie sich beschränkt auf die Grundzüge...

II. Die Staatsaufsicht in den sogenannten eigenen Gemeindeangelegenheiten ist auf das Mindestmaß zu beschränken...

III. Für die Form der Gemeindeverfassung ist jeder Gemeinde die Wahl freizustellen zwischen: 1. dem Magistratsystem...

befolobten Ratmitgliedern lediglich die Stadtverordnungen und die unbefolobten Ratmitglieder teilnehmen.

Von Stadt und Land.

Morgen Ruhstag im Sachsenland! Soll sein Glockenklang und seine ernste Stimme untergehen im Lärm der Werkstattarbeit...

Wucht politische Bilanz. In einer von etwa 2000 Personen besuchten sozialdemokratischen Wählerversammlung in Zwickau...

das wir in einer Zeit der schmerzhaftesten materiellen Not nicht mit Experimenten abgeben dürfen.

Der Besuch von Landtagsabgeordneten in Aus unter Führung des Ministers Zellwiesing hat sich, wie angekündigt, heute vormittag programmäßig vollzogen.

Die Wahl von Elternräten. Aus Anfragen an das Kultusministerium ist zu entnehmen, daß über die Wahl oder Neuwahl von Elternräten vielfach Unklarheit besteht.

Die Sächsische Industrie und Demobilisierungsverordnung. Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm in seiner Sitzung am 9. 3. 1922 Stellung gegen die Demobilisierungsverordnung...

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19. März unverändert zum Preise von 850 Mark für ein Zwanzigmarkstück...

Theater, Konzerte, Veranstaltungen, Kunst. Erzgebirgsabend der Miede Germania. Am vergangenen Sonntagabend hielt die Miede Germania des Vereines Turnerschaft...

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

„Ich will nicht jede Hoffnung abbrechen, meine liebe gnädige Frau, muß Sie aber um Geduld, viel Geduld bitten. Das Leid Ihres Mannes ist kompliziert, es treten da eben mehrere organische Schwächen zusammen...

„Das ist richtiges Mäuerblut,“ scherzte ihr Mann mit. „Deine Urhahnen, Schah, was waren sie denn anderes als reine Fußstapler, die in ewiger Fehde mit meiner Rasse lagen?“

Vertrauen gesagt; denn es ist noch ein großes Geheimnis, aus dem ich eigentlich selber nicht klug werde. Meins Frau sagt's bestimmt, der Lothar hingegen schmeißt sich noch immer merkwürdig aus, und als ich dem Mädel...

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

Soales befördert wurde. Unter anderem wurde eine Torten-Verlosung veranstaltet, Schank- und Verkaufsbuden waren aufgestellt, wovon reger Gebrauch gemacht wurde. So entspannt sich bald reges Leben und Treiben, das die Anwesenden bis zum frühen Morgen zusammenhält.

Turnen, Sport und Spiel.

Verbandsspiel Almannia 1 — V. f. L. Schneeberg 1
1:1, Halbzeit 1:0 für Auc. Das Spiel dieser beiden Mannschaften in Schneeberg hatte eine ungeheure Zuschauermenge, zirka 3000, auf die Beine gelockt, ein Zeugnis dafür, wie gewaltig das Interesse für dieses Spiel war. Es bot aber nicht, was erhofft wurde; es war auf beiden Seiten zu viel Nervosität vorhanden. Man konnte daraus den Schluß ziehen, beide Gegner müssen sich mehr in Gesellschaftsspielen treffen. In Führung ging Almannia schon nach etwa 10 Minuten nach einer präzisen Vorlage des Halbkittens, die von Halb rechts glatt verwandelt wurde. Bis zur Pause änderte sich nichts an diesem Stande, während in der zweiten Halbzeit den V. f. L. ein billiger und leichter Ausgleich gelangte in den Schoß fiel, indem der Schiedsrichter, wegen angeblich scharfen Anlaufens, was jedoch von keiner Seite beobachtet werden konnte, ihnen einen Elfmeterball zusprach. Es war dies eine ganz harte Entscheidung, die nicht den geringsten anstößigen Grund hatte. Trotz einiger guter Gelegenheiten auf beiden Seiten wurde bis zum Schluß keine Minderung des Resultates erzielt. — Am kommenden Sonntag steht Almannia 1 auf dem Almannia-Sportplatz dem letzten Baumwäcker Olympia-Grünhain gegenüber. Anstoß bereits 1 Uhr 45 Minuten.

Gerichtssaal.

Erfolgreiche Verurteilung der Staatsanwaltschaft. Ein Auer Einwohner hatte im Dezember v. J. von dem Geschirrführer B. einmal 50 Pfund und einmal 70 Pfund Haser, den dieser aus dem Lagerraum seines Dienstherrn gestohlen hatte, sowie einmal 150 Pfund Weizenmehl, das B. ebenfalls gestohlen hatte, für 100, 130 und 500 Mark gekauft, obwohl es 150, 225 und 900 Mark wert war, und war deshalb der Hehler angeklagt. Das Schöffengericht Aue hat ihn aber freigesprochen, da nicht erwiesen war, daß er den unrechtlichen Erwerb gekannt hatte. Die eingeworbene Verurteilung der Staatsanwaltschaft wurde jetzt vom Landgericht Zwickau verworfen.

Wie gebe ich meine Steuererklärung ab?

Welche Abzüge sind zulässig?

Von der Summe der fünf Posten, aus denen sich das Einkommen des Steuerpflichtigen zusammensetzen kann, ist es zulässig, eine Reihe von Beträgen abzusetzen, nämlich:
a) Schuldzinsen, b) dauernde auf Verträgen beruhende Lasten oder zu zahlende Renten, c) Beiträge zu den Kranken-, Unfall-, Invaliden- usw. Kassen, d) Beiträge zu Sterbekassen, e) Versicherungsprämien für Versicherungen auf den Todes- oder Lebensfall bis zum Höchstbetrage von 1000 Mark, f) Beiträge zu öffentlich rechtlichen Berufsvereinigungen usw., g) Beiträge an inländische Vereinigungen, h) Aufwendungen für Neuanschaffungen von Kleinwohnungen nach Paragraph 59 des Einkommensteuergesetzes, i) Rücklagen für Wechsellagerung von Gegenständen des landwirtschaftlichen oder des gewerblichen Anlagekapitals nach Paragraph 59 a des Einkommensteuergesetzes (besondere Verordnung vom 25. Juli 1921).

Zu g) ist besonders zu beachten: Für das Jahr 1921 sind nicht mehr abzugsfähig Beiträge an politische Vereinigungen, dagegen sind abziehbar Beiträge an inländische Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftliche, künstlerische, literarische, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, soweit der Gesamtbetrag dieser Beiträge 10 v. H. des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigt.

Die in Frage kommenden und zum Abzug eingehenden Werbungskosten (Paragraph 13 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes) hat der Steuerpflichtige genau und sorgfältig differenzierend anzugeben. Einzelanführung ist auch bei den einzelnen Schuldposten, die der Steuerpflichtige verzeichnen muß, erforderlich. Für den Steuerpflichtigen ist es wichtig, zu wissen, daß er auf dem Bortend der Erklärung durch Ausfüllung der entsprechenden Spalten Anträge wegen Ermäßigung

wenn Sie es gut mit mir meinen, dürfen Sie mir nichts Besseres wünschen, als daß mich der letzte erlösende Schlaf nicht allzulange mehr warten lasse."

Eines Tages, als Volkrad, aus dem Krankenzimmer kommend, in Eile durch das Treppenhause ging, um einer nachmaligen Begegnung mit der jungen Frau, die er heut nicht bei dem Leidenden angetroffen zu empfangen, wäre er in seiner Hast beinahe gegen eine weltliche Person gerannt, die gerade aus einer dunklen in das Vestibül mündenden Tür trat.

Mit einem gemurmertenardon zog er den Hut und hätte nun fast einen Schrei ausgestoßen, als er in der schon zurückweichenden Annelle Verlaß erkannte.

Rechtzeitig machte ihn die tiefe Stille um ihn her, daß das Haus einen Leidenden umschloß. Er unterdrückte die laute Freude, aber den frohen Blick, der in seiner Heberausung an dem Mädchen haarte, konnte er nicht verbergen. Aber nun leuchteten auch ihre Augen auf. Gleich ihm streckte sie impulsiv die Rechte vor, so daß sich beider Hände im selben Moment fanden und festhielten. Er blickte sie nur immer an, fand das süße Gesicht blaß und abgemagert, die lieben Lippen so traurig ernst. Und endlich flüsterte er: „Ich sah Sie lange nicht, Fräulein Overlach, es geht Ihnen doch gut? Aber nein, gar nicht gut schauen Sie aus! Sie überanstrengen sich gewiß. Sie dürfen nicht auch krank werden. Denken Sie doch, wie Ihre Mutter sich ängstigen würde, und — und — ja, Baron Rieger sollte hier ein Wort sprechen!“

„Der Affessor? Wie kommen Sie darauf? Ihn darf's schon gar nicht kümmern.“
(Fortsetzung folgt.)

Für Kinder

ist die beste Soße

Preckenperd Buttermilch-Soße

insolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse (s. Artikel 1) und nach Paragraph 44 des Einkommensteuergesetzes (Anrechnung der Kapitalertragssteuer) — vergl. ebenfalls Artikel 1 — stellen kann. Wo der Raum des Formulars nicht ausreicht, empfiehlt sich die Beifügung besonderer Anlagen durch den Steuerpflichtigen. Das gilt z. B. für den Fall, daß er im Verlauf des Jahres 1921 durch eigene Krankheit oder Erkrankung seiner Angehörigen, durch Unfälle, Verschuldung usw. in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wurde. Hier empfiehlt es sich dringend, irgendwelche Belege und Nachweise beizubringen, die dem Finanzamt die erforderlichen Unterlagen für Nachprüfung an die Hand geben, bei Krankheiten z. B. die Beifügung von Rechnungen und Quittungen, von ärztlichen Liquidationen, Bescheinigungen von Krankenhäusern usw. Die Steuererklärung ist nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben und an der für die Unterzeichnung vorgesehenen Stelle zu unterschreiben. Haben Steuererklärungen keine Unterschrift, so gelten sie nicht als abgegeben.

Vermischtes.

Kommunistische Ausschreitungen in Gotha. Gelegentlich der in Gotha abgehaltenen Tagung des jungdeutschen Ordens Thüringen kam es zu schweren Ausschreitungen. Bei dem Fackelzug am Sonnabend drangen jugendliche Kommunisten auf die Teilnehmer des Zuges ein, mißhandelten durch Stockschläge und warfen mit Steinen und Eisenstücken. Bei der darauffolgenden Schlägerei gab es zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Die Verletzungen sind zum Teil schwer.

Sinkende Eierpreise im Bayerischen Wald. Die Eierkäufer des Regener Bezirks haben den Auftrag erhalten, für Eier nicht mehr als 1,70 Mark zu bezahlen, da auch in den angrenzenden Bezirken Eier nicht mehr höher gekauft werden. — Öffentlich spüren auch wir in Sachsen etwas von der Preisentwertung.

Schwerer Bankrott in Danzig. In der Stahlkammer der Bank Heimann in Danzig wurden vier Schließfächer ausgeraubt. In einem befanden sich über 80 Millionen und in einem anderen Werte von über 100 Millionen Polenmark (etwa 8 Millionen Reichsmark). Die Ermittlungen haben noch nicht ergeben, ob sich die Diebe vielleicht selbst Schließfächer gemietet haben, um ungehindert in die Stahlkammer zu kommen.

Folgenschwere Schießaffäre. In Unterolmsheim (Baden) wurde der Landmann Wilhelm Hoepfinger, als er in einem Nebstübchen beschäftigt war, von einer Kugel getroffen, so daß er tot niederstürzte. Der Tat verdächtig wird der 48 Jahre alte Heinrich Frey, der seit langem mit Hoepfinger in Feindschaft lebte. Die beiden Söhne eröffneten, um den Vater, der verhaftet werden sollte, zu befreien, eine Schießerei. In der Notwehr schoß einer der Gendarmen auf den alten Frey und verletzte ihn schwer im Rücken. Außerdem wurde von den Gendarmen einer der Söhne des Frey verletzt.

Feuertat in der Siemens-Schuckert-Werke. In der Siemensstadt wurde am Sonntag durch einen Brand ein erheblicher Teil des Dachstuhles des Elektromotorenwerkes zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend. Sehr empfindlich ist besonders die Störung, die durch den Brand in einer Zeit des gespanntesten Hochbetriebes verursacht wurde.

Die angeblichen Erzberger-Mörder. Die Polizei in Steinamanger hat festgestellt, daß die beiden unter dem Verdachte der Identität mit Erzbergers Mörder verhafteten Personen in Oesterreich zuständige Arbeitsscheue sind. Sie werden unverzüglich an die österreichische Grenze abgeschoben und der österreichischen Gendarmerie übergeben werden.

Teuerungstramvale in Wien. In Dattaring und Derrnals kam es gestern zu vereinzelt Teuerungstramvale. Die Polizei verhinderte durch schnelles Eingreifen Plünderungen. Die kommunistische Parteilition rief zu neuer Strakenmassendemonstrationen des Proletariats gegen die Teuerung für den 17. März auf.

Ein Schöpfung für über eine Million. Auf der Hundeanstellung in London gingen Schöpfung für ein ganz fabelhaftes Preis ab, wie sie den Londonern sogar bisher fremd waren. Da gab es Exemplare, die nach unserem Geld für 240-550 000 Mark gekauft wurden. Der Champion der Ausstellung erzielte einen Preis von 1 200 000 Mark.

Letzte Drahtnachrichten.

Weitere Anschuldigungen gegen Hermes.

Berlin, 14. März. Einer sozialistischen Korrespondenz zufolge soll augenblicklich in politischen Kreisen das Gerücht umgehen, daß der Winzerverband für Saar, Mosel und Ruwer nicht nur Bundeszuschüsse von 8000 Tannern erhalten habe, sondern auch aus irrend einem dem Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehenden Fonds finanzielle Unterstützung bezogen habe.

Verständigung über die deutsch-polnischen Streitfragen?

Wien, 14. März. Ueber den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt das Völkerverbundsekretariat folgende Mitteilung heraus: Zu unseren letzten Meldungen wird uns bestätigt, daß die Abordnungen der beiden Länder eine Denkschrift überreicht haben, in der die noch offenen Streitfragen zusammengefaßt werden. Es handelt sich um folgende Punkte: 1. Liquidation des deutschen Besitzes und der deutschen Interessen in den an Polen fallenden Teilen Oberschlesiens. 2. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und Polen über die Anwendung des Artikels 256 des Friedensvertrages auf den polnischen Teil Oberschlesiens (Uebergang des Besitzes des preussischen Staates und des Reiches an Polen). 3. Gewisse Fragen aus der Unterkommission 11 (Minderheitenschutz) und die Frage des Verkehrs über Kreuzburg. Diese drei Kategorien von Fragen sind durch den Präsidenten entweder durch Vermittlung oder durch Schiedsbruch zu lösen. Besprechungen über alle diese Fragen sind noch im Gange, sobald jederzeit die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung der Bevollmächtigten besteht, was ein Eingreifen des Präsidenten überflüssig machen würde.

Mailtele.

Berlin, 14. März. Der Kommissar veröffentlicht einen Aufruf des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Der Aufruf stellt zum Zweck der Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft folgende Forderungen auf: Planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Geldwerte,

Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel. Der Aufruf fordert die Arbeiter der Welt auf, am 1. Mai Demonstrationsversammlungen abzuhalten und durch allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeiter zu bezeugen.

Metallarbeiterstreik.

Berlin, 14. März. Nach einer Meldung des V. Z. aus Augsburg ist dort gestern in einer Versammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, am Mittwoch in den Streik einzutreten. Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschafts deutscher Metallarbeiter wollen sich gleichfalls am dem Streik beteiligen.

Die Konferenz von Genue.

London, 14. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinoff und 11 anderen Personen bestehen werde. Auf eine Anfrage erklärte Chamberlain, daß die Abwesenheit der amerikanischen Regierung, an der Konferenz teilzunehmen, zu keiner Minderung des Selbstwertes der Konferenz führen werde. Der Zusammentritt sei auf den 10. April festgesetzt worden. Auf eine weitere Anfrage, ob die Berrückung der deutschen Kriegsbeschuldigten unter den Fragen sei, die in Genue zur Verhandlung kommen, erwiderte Chamberlain: Nein. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Chamberlain, auf der bevorstehenden Zusammenkunft der drei Außenminister in Paris wolle man, wenn möglich, zu einem Uebereinkommen der drei Großmächte Frankreich, Italien und Großbritannien bezüglich der Mittel gelangen, durch die die Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei beendet und ein neuer Vertrag mit der Türkei abgeschlossen werden könne.

London, 14. März. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge hat die Nationalversammlung von Angora beschlossen, Jusuf Kemal bei mitzuteilen, daß sich seine Mission nach Genue begeben möchte, auch für den Fall, daß die Türkei nicht offiziell in der Konferenz eingeladen wird.

Keine Ehekrnung!

Berlin, 14. März. Zu den englischen und amerikanischen Darstellungen des Ehekrnungsprozesses der Freiherren von Wietzenberg erklärt der Reichsminister der Freiherren, daß es nicht wahr sei, daß Prinzessin Citel Friedrich Bestellungen zu dem Freiherren von Wietzenberg zugestanden habe. Sie habe vielmehr unter ihrem Eide jede unerlaubte Beziehung zu dem Freiherren vor und nach dessen Ehe in Abrede gestellt. Der Reichsminister der Prinzessin Citel Friedrich bezeugt die Angaben der ausländischen Presse als grobe verleumdende Lügen. Gegen die Verbreiter der Lügen wird Strafantrag gestellt werden.

Ausfuhrfreiheit aus Frankreich für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Paris, 14. März. Ein Dekret vom gestrigen Tage hat das Ausfuhrverbot und die Ausfuhrabgaben auf eine ganze Reihe von Tieren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Pferden, Gellügel, Butter, Käse usw. aufgehoben. Hierdurch ist tatsächlich die Ausfuhrfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse wiederhergestellt.

Englands Heeres- und Marine-Budget.

London, 14. März. Der Budgetansatz für das Heer für das am 1. April beginnende Finanzjahr beträgt 62 300 000 Pfund Sterling gegenüber 97 714 000 Pfund Sterling für das Finanzjahr 1921/22. In dem Entwurf sind 152 000 Mann Personal (im Vorjahre 201 127) vorgesehen. Das Marinebudget weist Ausgaben von 64 888 700 (82 479 000) Pfund Sterling auf. Im Personal sind 98 500 Mann vorgesehen. In der im Entwurf des Marinebudgets beigegebenen Begründung heißt es, man rechne bestimmt mit der Ratifizierung des Washingtoner Vertrags durch alle beteiligten Mächte. Von den 20 Großkampfschiffen, die nach dem Washingtoner Vertrag außer Dienst zu setzen sind, wurden bereits neun ausrangiert. Ferner ist die Zahl der Torpedoboote bereits beträchtlich vermindert worden.

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.

Dienstag, 14. März, abends 8 Uhr im kleinen Saal des Pfarrhauses (Eingang Lutherstraße): Versammlung der städtischen Helfer des St. Nicolai.

Dinstag, Mittwoch, den 15. März: Kollekte für die innere Mission. Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst, im Anschluß Beichte und Abendmahlfeier: Pfr. Lehmann. Abends 8 Uhr liturgischer Dinstagsgottesdienst: Pfr. Dertel; Gottesdienstordnung für 50 Vp. der Beginn erdeltlich; Gesangbücher mitbringen. Im Anschluß Beichte und Abendmahlfeier: Pfr. Dertel.

Donnerstag, 16. März: Abends 8 Uhr Bibelstunde in Kaserhammer: Pfr. Herzog. Im Pfarrhause abends 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer.

Freitag, 17. März: Abends 8 Uhr Bibelstunden für bestmündige Töchter im kleinen Saal des Pfarrhauses: Pfr. Herzog. Abends 8 Uhr Vorbereitung für Kindergottesdienst: Pfr. Dertel.

Friedenswoche.

Mittwoch, den 15. März (1. Landeshaupttag), 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichte und Abendmahl. Kollekte für die innere Mission. Abends 8 Uhr Abendgottesdienst, Beichte und Abendmahl.

Methodistenkirche — Evangelische Predigt.

(Bismarckstraße 12)

Mittwoch abends 8 Uhr Offentl. Evangelisations-Vortrag. Thema: Der moderne Mensch und die Befreiung des Menschlichen. Inspektor Nagel und Rindberg. Gubernator ist freundlich eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur: Feig Henrich. Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlagsanstalt m. B. & Co.

